Medienkonferenz des Komitees gegen die Biodiversitätsinitiative vom 27. Juni 2024

Werner Salzmann, Ständerat

Ernährungssicherheit in der Schweiz

Wie wichtig eine unabhängige Nahrungsmittelproduktion im eigenen Land ist, haben uns unter anderem die Pandemie und der Ukrainekrieg deutlich vor die Augen geführt. Es hat sich dabei auch gezeigt, dass Staaten nicht einfach Freunde sind, sondern Interessen haben. Das ist nicht nur normal, sondern richtig, denn die Regierungen haben in Krisenzeiten prioritär für die eigene Bevölkerung zu sorgen, das ist ihr Kernauftrag. Dass dies für andere Länder Konsequenzen haben kann, ist klar. Dass es allerdings nicht nur zu Lieferengpässen, sondern sogar zu Maskenlieferungsblockaden durch Deutschland kommen würde, hätten wir wohl vor der Pandemie nicht für möglich gehalten.

Bei den Nahrungsmitteln ist es genau gleich: Ein Land, das nicht in der Lage ist, seine Bevölkerung in Krisenzeiten zu ernähren, wird unter schwerwiegenden Folgen leiden. Der Ukrainekrieg zeigt die heutigen globalen Abhängigkeiten nur allzu deutlich. Die Getreidelieferungen aus der Ukraine gelangen immer noch nicht in vollem Umfang in die früheren Zielländer. Laut WHO leiden dadurch auf der ganzen Welt fast eine Milliarde Menschen an Hunger.

Nun stellt sich die Frage, ob es moralisch, versorgungstechnisch und sicherheitspolitisch für die Schweiz richtig ist, durch zusätzliche Biodiversitätsflächen zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion den Selbstversorgungsgrad zu senken und den Nahrungsmittelbedarf auf dem Weltmarkt zu decken?

Die Antwort darauf ist: Nein, es ist NICHT richtig! Nur wenn wir den eigenen Selbstversorgungsgrad so hoch wie möglich halten, sind wir nicht gezwungen, auf dem Weltmarkt auf Kosten der armen Länder einzukaufen. Zudem steigert eine hohe Selbstversorgung die Resilienz der Schweiz.

Leider steigt unser Selbstversorgungsgrad aktuell nicht: Im Gegenteil. Er ist in den letzten Jahren UNTER 50% gesunken, obschon das Volk am 27. September 2017 mit 78.6 Prozent, also mit überwältigender Mehrheit, die Verankerung der Ernährungssicherheit (Artikel 104a) in der Verfassung angenommen hat. Das sehr klare Resultat zeigt, dass sich die Stimmenden der anstehenden weltweiten und nationalen Herausforderungen bewusst waren und einen Beitrag zur Bewältigung leisten wollten. Und was hat die Politik getan? Offensichtlich zu wenig!

Grössere Abhängigkeit und Mehrimporte

Pro Natura – als eine Initiantin – hat in einer Ende 2023 veröffentlichen Medienmitteilung kommuniziert, dass gemäss ihren Berechnungen nur 8 Prozent der angepeilten 30 Prozent der Landesfläche ausreichend geschützt sind. Damit fehlt eine Fläche der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg und Solothurn zusammen, die sie gezielt für die Förderung der Biodiversität einsetzen wollen. Würde die produktionsfeindliche Initiative angenommen, würden sich somit die Nahrungsmittelimporte stark erhöhen. Die Initiative steht also im Widerspruch zur aktuellen Diskussion über Versorgungs- und Ernährungssicherheit. Gleichzeitig müssten die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft angehoben werden, um die Betriebe für ihre Einkommensausfälle zu entschädigen. Die Schweizer Bauern müssten also mehr Geld bekommen, um weniger zu produzieren.



Schädlich für das Klima

Wenn noch mehr fruchtbares Kulturland für die Biodiversität ausgeschieden wird, ist dies paradoxerweise auch schlecht für die Umwelt. Bei Annahme der Initiative müssten wir zusätzliche Flächen im Ausland belegen, um die Versorgung unserer Bevölkerung sicherzustellen. Damit würden wir für unser Essen das Ausland einfach mehr belasten. Denn schon bei einem Import von 50% unserer Nahrungsmittel fallen 70 Prozent der Umweltwirkung im Ausland an.

Dazu kommt aktuell ein weiterer Aspekt: Das Ausscheiden von umfangreichen, streng geschützten Gebieten steht in Konflikt zur Erstellung von Anlagen für die einheimische erneuerbare Energie. Die Umsetzung von neuen oder der Ausbau von bestehenden Projekten würden verunmöglicht. Die Umsetzung der Schweizer Energiestrategie und damit auch der Energiewende wären bei einer Annahme erschwert. Das schadet der Versorgungssicherheit und dem Eigenversorgungsgrad mit Energie, was sich wiederum negativ auf den CO2-Ausstoss auswirken würde. Somit schadet die Initiative der Umwelt und dem Klima.

Die Initiative schiesst nicht nur über das Ziel hinaus, sondern rennt mit ihrem Anliegen für die schweizerische Biodiversität offene Türen ein: Die Landwirtschaft erbringt bereits weitgehende Leistungen für die Biodiversität. 19 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche – das sind 195'000 ha – werden als Biodiversitätsförderflächen bewirtschaftet. Zusätzlich bewirtschaftet die Landwirtschaft Sömmerungsflächen im Umfang von rund 500'000 ha extensiv. Auch diese Flächen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Biodiversität.

Aus all diesen Gründen, aber insbesondere im Interesse einer unabhängigen und sicheren Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz, muss die Initiative abgelehnt werden.